

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatl. Einzelne Num. 20 Pf.  
Fernsprecher: Reichsdruckerei Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingeladn. 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsangelegen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfalkrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzpfählen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 58

Freitag, 11. März

1921

## Parlamentarischer Abend.

Die Herren Ministerpräsident Bud und Landtagspräsident Fröhderf hatten zu gestern zu einem parlamentarischen Abend eingeladen. Der Einladung waren die meisten Mitglieder des Landtags mit Ausnahme der kommunistischen Abgeordneten gefolgt, bei denen nahmen an der Veranstaltung die Herren Minister Dr. Harnisch, Bismarck und Hiesner, die Ministerialdirektoren und zahlreiche Referenten aus den Ministerien, Vertreter staatlicher Behörden und der Stadt Dresden und Mitglieder der Presse teil. Die Herren Ministerpräsident Bud und Landtagspräsident Fröhderf begrüßten ihre Gäste in einem der Wandelgänge vor dem Sitzungssaal und geleiteten sie dann in diesen, wo zwanglos an kleinen Tischen ein einfaches Mahl genossen wurde. Nach dem Tischgang nahm der Hr. Ministerpräsident das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er in seinem und im Namen des Hr. Landtagspräsidenten zunächst die Freude ausdrückte über dieses gefällige Beisammensein der Damen und Herren, die berufen sind, die Geschicke des Landes zu leiten; er verwies weiter auf den Ernst der Zeit, aber auch darauf, daß trotz der Schwere der Geschicke, die über uns lasten, Lebensfreude und Hoffnung nicht verlassen dürfen, wenn wir Überwinder der Rote dieser Tage werden wollen. Nach der Begrüßung des Mahles richtete der Hr. Landtagspräsident noch einige warnherzige Worte an die Teilnehmer der Veranstaltung, und nunmehr begann in antwortender Unterhaltung, bei Gläsern und Bier, ein reger Gedankenaustausch zwischen den Geladenen, der diese nicht nur für eine kurze Spanne Zeit die Sorgen und Mühen ihrer aufreibenden Arbeit für das Wohl des Vaterlandes vergesse ließ, sondern auch zweifellos dazu beigetragen haben wird, Gegenstände der Auffassung zu mildern und auszugleichen, die das parlamentarische Leben notwendig mit sich bringt.

## Die Tschechoslowakei und die Sanktionen.

Paris, 10. März. „Zora“ ist ermächtigt, festzustellen, daß sich die Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nicht beteiligen werde, alle gegenteiligen Gerüchte seien vollkommen unbegründet. Die „Tribuna“ sagt: Wenn auch einige Abteilungen im Grenzgebiet beteiligt werden, ändert dies nichts an dem Standpunkt der Regierung, sich an den Sanktionen gegenüber Deutschland nicht zu beteiligen.

## Befehung Hamborn.

Hamborn, 9. März. Die Meldungen über die Befehung Hamborn und des Kohlenhafens der August Thyssen-Hütte Swelgern sind zutreffend. Es sind 200 Mann belgischer Madfahrerkompanie und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingetroffen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungsstand wurde soeben erklärt. Die Schusspolizei wurde bisher nicht entworfen. Man erwartet für morgen den Einmarsch größerer Truppenmassen. Es geht hier das Gerücht um, daß man die Absicht habe, auch Oberhausen zu besetzen. In Duisburg liegen 7 Kompanien Franzosen, 5 Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

## Die amerikanischen Truppen am Rhein.

Paris, 9. März. Havas meldet aus London: Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt sei. Harding habe beabsichtigt, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzuführen. Man glaube jedoch, daß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückziehung von den Verbündeten unangenehm aufgenommen werden könne.

## Der Mordanschlag auf Dato.

Madrid, 9. März. In der Kammer sprach der Minister des Innern den Anschlag, dem Dato zum Opfer gefallen war, und sagte hinzu, Dato sei der dritte spanische Ministerpräsident, der in der Ausübung seines Amtes ermordet wurde. Der Minister schlug vor, an Parlament zu verlagern, bis die politische Lage geklärt sei. Der Kammerpräsident hielt dann eine Trauerrede auf Dato.

Madrid, 10. März. Nach Blättermeldungen wurden infolge des Mordanschlages auf Dato bereits etwa 50 Verhaftungen vorgenommen.

## Die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Deutschland.

### Einzelheiten der Durchführung.

London, 9. März. (Havas.) Die heutige Sitzung der Konferenz begann um Mittag und war um 1 Uhr 45 Minuten beendet. Die verbündeten Delegierten präsentierten in ihren Einzelheiten die Durchführungsbedingungen der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinlandskommission, wonach die Beschlagnahme der Zölle an der Grenze, die Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf präsentierten sie die Bedingungen für die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche Ergebnisse bei ihrer Einföhrung oder bei ihrer Ausfuhr aus dem besetzten nach dem unbesetzten Deutschland befristet werden könnten. Zum Schluß legten sie die Grundzüge für einen einheitlichen Besetzungswort fest, der von jeder der beteiligten Regierungen ihrem zuständigen Parlament vorgelegt werden soll, um so zu erreichen, daß ihre Staatsangehörigen für Rechnung der Reparationskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihrem deutschen Kreditoren schulden. Die Einzelheiten der Durchführung werden heute nachmittags in einer Sitzung der Sonderständigen geregelt. Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, bezieht sich auf die Annahme des Grundplanes der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verträge Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, sei es, daß es sich um die Entlohnung handle oder um Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen.

London, 9. März. Das neuterische Bureau erzählt, daß ein Gesetz zur Durchführung der Beschlüsse betr. die Abgabe von 50 Proz. des Wertes einjähriger deutscher Waren jetzt im Entwurfsstadium ist. Heute nachmittags beschäftigten sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die anderen Länder zu entwerfen. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen der Konferenz morgen im Unterhause eröffnet werden.

London, 10. März. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet: Der Oberste Rat regelte heute die Einzelheiten der Durchführung der Zwangsmaßnahmen und sandte zu diesem Zweck ein Telegramm an Tirard, den Vorsitzenden der internationalen Rheinlandskommission. Die Zollgrenze am Rhein wird die drei Brückenköpfe und die drei jetzt besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort einschließen und so etwas

auf das rechte Rheinufer übergreifen. Die Festlegung der Zölle für den Übergang von einem Rheinufer auf das andere wird der Beurteilung durch die hohe Kommission überlassen.

Paris, 10. März. Wie Havas meldet, befragt der Bericht über die Vormittagsitzung der Konferenz ausdrücklich, daß bis auf weiteres der Zoll im besetzten Gebiet nach dem bisherigen deutschen Zolltarif erhoben wird.

### Dr. Simons vor dem Reichskabinet.

Berlin, 10. März. Unter dem Vorhange des Reichspräsidenten fand heute vormittags eine Sitzung des Kabinetts statt, in welcher der Minister des Auswärtigen über die Londoner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichts und der eingehenden Ausführungen, die sich in ausführlicher Aussprache ergaben, sollte das Kabinet einen Beschluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt. Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

### Die Orientfrage.

London, 10. März. (Havas.) Neben der Frage der Zwangsmaßnahmen hat sich die Konferenz gestern auch mit der Orientfrage befaßt. Garzon berichtete über die von seinem Ministerium mit Veltz-Sami-Bey geführten Unterhandlungen. Doch wurde gleichfalls berufen, um keine Ansicht über die etwaigen Ergebnisse der Fortführung des Vorgehens in Kleinasien mitzuteilen. Er sprach sich, wie auch schon früher, in dieser Hinsicht recht skeptisch aus. Auch Lloyd George betonte sich an der Besprechung. Es hat den Anschein, daß die Verbündeten sich schließlich einer Lösung nähern werden, die in einer weite oder weniger nahen Zeit Konstantinopel unter türkischer Oberhoheit lassen würde unter gleichzeitiger Gewährleistung der Kontrolle über die Meerengen. Empfindbarste unabhängig werden. Die ganze Orientfrage wird übrigens morgen von der Konferenz geprüft werden. Man wird nachher die griechischen Vertreter, in erster Linie Gounaris, der gestern abend in London eingetroffen ist, und sodann die türkischen Vertreter anhören. Hierauf werden die Verbündeten ihnen ihre endgültige Entscheidung bekanntgeben. Briand wird am Freitag nach Paris zurückkehren.

## Lloyd George gegen eine französische Annexion der Rheinlande.

Paris, 10. März. Nach einem Telegramm aus London veröffentlicht das neuterische Bureau eine Note, in der besonders hervorgehoben wird, daß Lloyd George gestern auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, in denen gesagt wurde, die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als der Anfang wozu nicht der Annexion der Rheinlande, so doch einer schärferen Trennung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland angesehen werden. Aus diesem Grunde schreibe es, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs die letzten Entscheidungen der Londoner Konferenz als einen Erfolg der separatistischen Tendenz betrachte. Lloyd George habe ferner gesagt, obwohl er vollkommene Vertrauen zu Briand habe und auch zur Vermeidung der Mehrheit seiner Landsleute, und obwohl er Versicherungen Clemenceaus und Millerands beziehe, so müsse er dennoch eine neue endgültige Versicherung des französischen Ministerpräsidenten erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion, noch die Autonomie der Rheinlande ins Auge faßt.

Paris, 10. März. Der Sonderberichterstatter des „Kath“ Zuerwein aus London berichtet, daß Lloyd George und mit ihm ein großer Teil der öffentlichen Meinung Englands in der unangenehmsten Weise berührt von Artikeln, die in französischen Blättern erschienen sind über die zukünftige Annexion des linken Rheinufers, die als das Ziel der französischen Politik bezeichnet werde. Der englische Ministerpräsident, unterstützt vom Grafen George, hatte deshalb

über diesen Gegenstand eine Auseinandersetzung mit Briand, ferner auch über die Frage der Abgabe von den einjährigen deutschen Waren, da Lloyd George schon morgen einen Gegenentwurf hierüber vor dem Unterhause vertreten müsse. Die Antwort Briands lautete klar, die französische Politik zielt nur auf die Ausführung der Verträge und nicht auf eine Annexion hin. Jedoch erklärte Briand, er hoffe, daß man nicht nur Deutschland zwingen wolle, das Abkommen von Paris zu unterzeichnen, sondern daß die getroffenen Maßnahmen solange in Kraft bleiben, bis nach einem befriedigenden Abkommen nicht nur die Ausführung der Reparation, sondern auch die Entlohnung und die Bestrafung der Kriegsschuldigen sichergestellt seien. Wie Bertinax mitteilt, hat die geistige Verhandlung in London ergeben, daß weder Belgien, noch Italien, noch Japan die ernste Absicht haben, die Maßnahmen hinsichtlich der Beschlagnahme eines Teiles des Verkaufswertes deutscher Einfuhrwaren durchzuführen. Die Belgier hätten auf ihren Durchgangsweg hingewiesen, der für den Hafen von Antwerpen notwendig sei. Infolgedessen wurde beschlossen, hinsichtlich der Ausführung dieser Maßnahmen eine weitherzige Auffassung zuzulassen. Es wurde ferner festgestellt, daß jedes Land den Betrag dieser Steuer für sich erheben solle. Endlich wurde bestimmt, die jetzt besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in die Rhein Zollgrenze einschließen. Diese Zollgrenze soll verschwinden, sobald die Truppen aus den drei besetzten Städten zurückgezogen werden.

## Ländliche Wohlfahrtspflege.

Von Ministerialrat Dr. Saha.

1.  
Während der Berliner landwirtschaftlichen Woche hielt auch der deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege seine diesjährige Hauptversammlung ab. Sie gestaltete sich zu einer besonderen Jubelfeier, galt es doch zugleich Rückschau zu halten auf 25 Jahre ländlicher Wohlfahrtsarbeit. Vertreter der Reichsministerien und der Länder brachten Glückwünsche, Dank und Anerkennung für das segensreiche Wirken des Vereins, dessen verdienstvoller Gründer Prof. Dr. Söhre bis auf den heutigen Tag der Vorkämpfer und geistige Führer geblieben ist. Schon in seinem ersten Buche „Hütte und Schloß“, hatte er den sozialen Umsturz auf dem Lande, wie er ihn in der Heimat erlebt hatte, dichtersisch gestaltet und, wie er jetzt erzählt, zu seinem eigenen Erkennen die Grundzüge der ländlichen Wohlfahrtspflege entworfen.

Der Landsturz und dem Arbeitermangel auf dem Lande zu steuern, war und ist der Ausgangspunkt aller ländlichen Wohlfahrtsarbeit. Die ländliche Arbeiterfrage in Fluß gebracht zu haben, ist Söhrens Verdienst. Die wirtschaftlichen und sozialen Zustände auf dem Lande zu heben und das ländliche Volkstum zu fördern, war sein Programm. Dem wird die noch heute von ihm im 29. Jahrgange herausgegebene Zeitschrift für die sozialen und volkswirtschaftlichen Angelegenheiten der Landwirtschaft „Das Land“ gewidmet. Teren wertvoller Inhalt möchte viel weitere Belegkreise finden, als es bisher wenigstens in Sachsen der Fall ist. Söhrens Schrift über „Die Bedeutung der Landbevölkerung in Staat und die behördlichen Aufgaben auf dem Lande“ führte im Jahre 1906 zu der Forderung einer „Zentralstelle für Wohlfahrtspflege auf dem Lande“. Wesentliche Förderung fand dieser Gedanke bei dem nachmaligen Ministerialdirektor im preussischen Landwirtschaftsministerium, Theil, der bis zu seinem Tode 1918 den Vorsitz führte. Schon 1906 erfolgte die Gründung des Ausschusses für Wohlfahrtsarbeit auf dem Lande“, aus dem 1904 der heute über das ganze deutsche Reich ausgebreitete Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege hervorging. Mit warmem Herzen trat in Sachsen für ihn ein Dr. Wilhelm Köpfer, der nachmalige Direktor der Abteilung für Ackerbau usw., der III. Abteilung, des Ministeriums des Innern.

Schwer war die Arbeit; mühselig, das Verständnis für diese Arbeit in die landwirtschaftlichen Kreise selbst zu tragen. Wie oft ist vergeblich dargelegt worden, die Arbeit sei nicht einer einzelnen Klasse, nicht den Landwirten noch den Arbeitern als solchen, sondern dem ganzen Lande, ja dem ganzen Volkstum zu widmen, damit wieder eine bodenständige, heimatsvolle Landbevölkerung ersehe. Wohlfahrtspflege — das muß immer wieder betont werden — hat nicht mit Wohlthätigkeit zu tun. Nach und mit Söhre soll Wohlfahrtspflege mehr sein, als eine „auf mildtätigen Zuneigungen beruhende Wohlthätigkeit an Unglücklichen, Armen und Elenden“. Wohlfahrtspflege stellt nicht, wie Söhre auf der Jubelfeier sehr zutreffend ausführte, den Landwirt als Subjekt dem Landarbeiter als Objekt gegenüber. Beide sind vielmehr Subjekt und Objekt zugleich. Beide Teile müssen mitarbeiten, dann kann und darf auch der Arbeiter das Wirken nicht als Wohlthätigkeit, nicht als Almosen, das verpflichtet und Dank heischt, sondern allein als Wohlfahrt, die ihm zukommt, empfinden. Nicht auf einen einzelnen, sondern auf die Gemeinschaft des ganzen Volkes ist die Wohlfahrtspflege eingestellt. Die verschiedenen Bevölkerungsklassen müssen auf dem Boden gemeinsamer und gemeinsamer Arbeit einander menschlich näher gebracht werden. Ein auf gegenseitige Berücksichtigung gegründetes, harmonisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen, ist eines der Ziele der Wohlfahrtspflege. Söhre sah in seinem grundlegenden Handbuche „Wegweiser für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“ den Begriff der Wohlfahrtspflege auf dem Lande als das „freiwillige Zusammenwirken aller Bevölkerungsklassen, sei es für sich allein, sei es mit behördlicher oder staatlicher Unterstützung zur Befreiung von wirtschaftlichen Überständen und zur Beförderung und Erhaltung des Volkstums in sozial-ökonomischer